

AGF Europa News


Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2012

Neuigkeiten aus der COFACE

Die COFACE setzt sich für die Internetsicherheit von Kindern ein

Anlässlich des weltweiten „Safer Internet Day“ am 7. Februar unterstrich die COFACE, dass Eltern und Personen, die mit Kindern zusammenarbeiten, häufig das Wissen für entsprechende Kontrollinstrumente im Internet fehle. Dabei gäbe es bereits eine Vielzahl an Instrumenten elterlicher Kontrolle zum Schutz der Privatsphäre, altersunangemessener Seiten und vor Werbung im Internet.

In diesem Sinne beteiligt sich die COFACE als externe Expertin an dem europäischen Projekt SIP-BENCH 2 zur Bewertung der Qualität von Werkzeugen elterlicher Kontrolle für Computer, Handys und Spielkonsolen. Das Ziel der von der Kommission initiierten Studie ist es, Eltern dabei zu helfen, ein für ihre Bedürfnisse adäquates Instrument elterlicher Kontrolle zu finden. Die Ergebnisse der ersten drei Testzyklen des Projekts sind bereits verfügbar. Derzeit läuft der vierte Testdurchgang, an dem Eltern online teilnehmen können.

- [Pressemitteilung der COFACE zum Safer Internet Day \(englisch\)](#) 
- [Informationen zum Projekt SIP-BENCH 2 \(englisch\)](#)
- [Onlinefragebogen für Eltern \(englisch\)](#)

Treffen der Arbeitsgruppe 5

Die Arbeitsgruppe 5 der COFACE «Exchange of information and experiences: mutual learning & capacity building» hat sich am 7. Februar in Brüssel getroffen, um über interne und externe Kommunikationsstrategien zu diskutieren. Weiterhin wurden Möglichkeiten der Kooperation zwischen der COFACE und den Mitgliedsverbänden in konkreten Projekten sowie der Kooperation zwischen den einzelnen Mitgliedsverbänden erörtert.

Am Tag zuvor traf sich auch der erweiterte Vorstand der COFACE und diskutierte über die aktuellen Stände in den unterschiedlichen Arbeitsgruppen..

COFACE begrüßt Resolution zur Sammelklage

Das Europäische Parlament (EP) hat eine Resolution zur Sammelklage (collective redress) angenommen, die die Kommission nun zum Handeln drängt. Das angenommene Dokument unterstreicht die Wichtigkeit und das Bedürfnis, einen kollektiven Rechtsschutz auf EU-Ebene einzuführen. Die Sammelklage kann ein wichtiges Instrument für Familien sein, da sie über alternative Methoden der Streitbeilegung hinausgeht in denen die Ergebnisse oft nur für eine kleine Personengruppe erzielt werden. Die COFACE begrüßt diesen Schritt, an deren Konsultation sie teilgenommen hat.

- [Pressemitteilung der COFACE zur Sammelklage \(englisch\)](#) 
- [Antwort der COFACE auf die Konsultation zur Sammelklage \(englisch\)](#) 

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Kommission startet Grünbuch zu mehr Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch

Um die Verbraucher- und Produktionspolitik der EU zu überarbeiten, hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu möglichen Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum gestartet. Ziel ist es, die Ressourcennutzung von der Rohstoffgewinnung über Transport, Umwandlung und Verbrauch bis zur Abfallentsorgung effizienter zu gestalten. Interessierte Akteure sind aufgerufen, in der Konsultation Stellung dazu zu nehmen, wie die EU-Politik für Nachhaltigkeit in Verbrauch und Produktion verbessert werden kann. Die Konsultation enthält rund 50 Fragen und läuft noch bis zum 3. April 2012. Den Ergebnissen sollen bis Ende 2012 entsprechende Initiativen folgen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)
- [Grünbuch zu mehr Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch \(englisch\)](#)

Kommission unterstützt EU-Bürger/innen beim Energiesparen


Um die EU-Bürger/innen beim Energiesparen zu unterstützen, hat das EU-Forschungsprojekt DEHEMS (Digital Environment Home Energy Management System) ein digitales Display entwickelt, mit dem ermittelt werden kann, welche Geräte im Haushalt am meisten Energie verbrauchen. Damit sollen die Verbraucher/innen ihren Energieverbrauch im Alltag um rund 8% senken können. Derzeit sind zwei DEHEMS-Produkte im Handel erhältlich: Der „Energyhive“, und „Greenica“, das auch für Schulen und Kleinunternehmen entwickelt wurde.

- [Website des EU-Forschungsprojekts DEHEMS \(englisch\)](#)

Nur 26% der Europäer/innen kennen die europäische Notrufnummer 112

Die neueste Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass nur 26% der Europäer/innen die europäische Notrufnummer 112 kennen. Aus diesem Grund soll eine umfassende Kampagne die EU-Bürger/innen über die richtige, einheitliche Nummer im Notfall in den EU-Mitgliedstaaten aufklären.

Die europäische Notrufnummer 112 ist seit 2008 in allen 27 Mitgliedstaaten verbindlich aktiv. Dabei ist sie in sieben Staaten die alleinige Notrufnummer, in 20 Staaten existieren parallel nationale Notrufnummern. Der Anruf ist jederzeit möglich und sowohl vom Fest- als auch vom Mobilfunknetz gebührenfrei.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)
- [Website zur europäischen Notrufnummer](#)
- [Eurobarometer-Umfrage zur europäischen Notrufnummer \(englisch\)](#) 

Kommission veröffentlicht Weißbuch zu Renten und Pensionen

Angesichts der Risiken für die Finanzierung bestehender Rentensysteme hat die Kommission ein Strategiepapier für angemessene, sichere und nachhaltige Renten und Pensionen in der EU vorgelegt. Aktuell bestehende Rentensysteme würden aufgrund des demographischen Wandels künftig nicht mehr realisierbar sein. Immer weniger arbeitende Menschen müssten für eine höhere Anzahl an Renten aufkommen. Hinzu käme, dass die Mitgliedstaaten aufgrund der Schuldenkrise kaum Möglichkeiten hätten, die Rentensysteme

aus dem Budget der Staatskasse zu unterstützen. Daher sei eine Modifizierung der Pensionen- und Rentensysteme notwendig, um Altersarmut zu vermeiden.

Die zentrale Idee in dem Weißbuch der Kommission, dem 2010 eine Konsultation vorausging ([an der auch die COFACE teilgenommen hatte](#)), ist die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters. Die Kommission macht auf die vor kurzem durchgeführte Eurobarometer-Umfrage (siehe [AGF Europa News vom Januar 2012](#)) zum aktiven Altern aufmerksam. Diese zeigt, dass viele Europäer/innen länger arbeiten würden, sofern die Rahmenbedingungen stimmen. Daher wirbt die Kommission für eine Verbesserung der Chancen älterer Arbeitnehmer/innen und möchte die Mitgliedstaaten in der Förderung einer längeren Lebensarbeitszeit unterstützen. Das Ruhestandsalter sollte ihrer Meinung nach an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt, der Zugang zum vorzeitigen Ruhestand eingeschränkt und die Renten- und Pensionschere zwischen Frauen und Männern geschlossen werden. Außerdem sollen die Europäer/innen in der Ansparung von Geld für ihr Alter unterstützt sowie die Mitnahme von Renten- und Pensionsansprüchen bei einem Umzug in einen anderen Staat vereinfacht werden.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)
- [Memo der Europäischen Kommission zum Weißbuch zu angemessenen, sicheren und nachhaltigen Pensionen und Renten \(englisch\)](#)

Europa droht Lehrkräftemangel

Aus dem durch die Kommission den EU-Bildungsminister/innen vorgelegten Bericht „Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa 2012“ geht hervor, dass der EU in den kommenden Jahren ein Lehrkräftemangel droht. Laut Bericht geht eine Großzahl der aktuell unterrichtenden Lehrkräfte demnächst in den Ruhestand, ohne dass ausreichend neue Lehrer/innen ausgebildet werden. Deutschland zählt im EU-Vergleich zu den Schlusslichtern. Jede/r zweite Sekundarschullehrer/in hierzulande ist über 50 Jahre alt, während nur 3,6% aller Lehrer/innen in Deutschland unter 30 Jahre alt ist. Dieser Lehrkräftemangel sei auch aktuell bereits in Kernfächern wie Mathematik oder den Naturwissenschaften zu spüren. Die EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, Androulla Vassiliou, sieht den Bericht als „wertvolles Instrument für politische Verantwortungsträger“, der Anhaltspunkte für künftige Entscheidungen in der beruflichen Entwicklung der Lehrkräfte liefere.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)
- [Bericht „Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa 2012“ \(englisch\)](#) 

Kommission verstärkt Einsatz gegen Jugendarbeitslosigkeit

Auf dem informellen EU-Gipfel hat die Kommission einen „Pakt für mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum“ vorgestellt. Darin sind insbesondere nachhaltiges Wachstum und die Beschäftigung Jugendlicher als prioritäre Handlungsziele aufgeführt. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit soll jeder Mitgliedstaat einen nationalen Arbeitsplan mit einem Jugendförderungsgesetz entwickeln. Damit sollen alle jungen Menschen innerhalb von vier Monaten nach ihrem Schulabschluss in eine Beschäftigung, Ausbildung oder Fortbildung gebracht werden. Weiterhin wird die Kommission Unterstützungsteams für die acht Mitgliedstaaten einrichten, die mit überdurchschnittlich hoher Jugendarbeitslosigkeit (> 30%) zu kämpfen haben. Dieses betrifft Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Lettland, Litauen, Portugal und die Slowakei.

- [Statement von Kommissionspräsident Barroso zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit \(englisch\)](#)

Europäische Bürgerinitiative startet im April

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die Europäische Bürgerinitiative eingeführt, die im April 2012 startet. Dazu hat die Kommission eine Website zur Registrierung von Anträgen für eine europäische Bürgerinitiative aufgebaut und eine kostenlose und frei verfügbare Software zum Unterschriftensammeln erstellt. Beides wurde auf nun auf einer Konferenz mit Parlamentsmitgliedern und Vertreter/innen von Facebook, Google, Twitter und Dailymotion vorgestellt. Die EU-Bürger/innen erhalten mit der Europäischen Bürgerinitiative die Möglichkeit, sich unmittelbar an der EU-Politik zu beteiligen. Wenn mindestens eine Million Bürger/innen aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten eine entsprechende Initiative unterzeichnen, erhalten sie ein Anhörungsrecht vor der Kommission, die über einen entsprechenden Gesetzesvorschlag entscheidet..

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)
- [Website der Europäischen Bürgerinitiative](#)

Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament

EP fordert ausreichende Finanzierung des nächsten Daphne-Programms

Das EP hat einen Initiativbericht über das im Jahr 2000 initiierte Daphne-Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche verabschiedet. Das Daphne-Programm wird für die Periode von 2014 – 2020 in das Programm „Rechte und Unionsbürgerschaft“ integriert. In dem Bericht bedauert das EP, dass die Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen nicht ausdrücklich in den von der Kommission herausgegebenen „Spezifischen Zielen“ für dieses Programm genannt wird. Außerdem fordert das Europäische Parlament eine Beibehaltung der Finanzierung auf aktuellem Niveau (117 Mio. Euro).

Konkret fordert das EP u. a. die verstärkte Finanzierung von Projekten, die die junge Generation für neue Formen von Gewalt im Zusammenhang mit der Nutzung sozialer Netzwerke im Internet sensibilisiert. Das EP schlägt vor, das Antragsverfahren für Daphne-Fördermittel zu vereinfachen und Projektverträge schneller abzuschließen, um auch kleine NGOs zur Einreichung von Anträgen zu ermutigen.

- [Initiativbericht des Europäischen Parlaments zum Programm DAPHNE](#)

EP lehnt Entwurf der Kommission zu Nahrungsmittelangaben ab

Das EP hat den Entwurf der Kommission über neue nährwert- und gesundheitsbezogene Werbeaussagen auf Lebensmitteln abgelehnt. Dieser schlug vor, dass Lebensmittelhersteller auf alle Produkte Angaben über prozentuale Reduzierungen von Fett, Zucker und Salz anbringen können. Diesen Vorschlag zur Regelung hat das EP mit der Begründung der Irreführung von Verbraucher/innen abgelehnt. Außerdem bedeute bspw. eine Zuckerreduktion nicht automatisch eine Kalorienreduktion oder eine Nährwertverbesserung. Das Parlament befürchtete, dass Hersteller den Anteil von Zucker etc. nicht in großem Maße senken würden. Die aktuelle Verordnung besagt, dass solche Angaben nur auf den sogenannten „Light-Produkten“ erlaubt sind, bei denen gesetzlich vorgeschrieben ist, dass sie mindesten 30% weniger Zucker, Fett etc. enthalten,. Die Kommission wird aufgefordert, einen geänderten Entwurf der Verordnung vorzulegen.

- [Entschließung des Europäischen Parlaments zu Nahrungsmittelangaben](#)

EPSCO-Rat zur Geschlechtergerechtigkeit in Vorständen

Der EPSCO-Rat (Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council, dt.: Arbeits- und Sozialministerrat der EU) tagte am 17. Februar u.a. zum Thema Frauen in Führungspositionen. Diskutiert wurde, warum Frauen in Vorständen unterrepräsentiert sind (der Frauenanteil der größten börsennotierten Unternehmen beträgt 12%), obwohl 60% der Universitätsabgänger/innen weiblich ist. Der EPSCO-Rat sieht vor allem traditionelles Rollendenken und Stereotypen als Karrierebehinderung von Frauen an. Um weibliche Karrieren zu fördern bedürfe es konkreter Maßnahmen: angemessener Mutterschutz und Elternzeiten, bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, hochwertige Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote, Bewusstseinsbildung, Weiterbildung und Mentoring. Hinsichtlich einer Quotenregelung herrschte Uneinigkeit unter den Minister/innen. Die Ergebnisse der Beratungen des EPSCO-Rates fließen in die Situationsbewertung zu Frauen in Führungsposition ein, die die Kommission im März vorlegen wird.

- [Pressemitteilung zum Treffen des EPSCO-Rates am 17. Februar 2012 \(englisch\)](#) 

Europäisches Jahr 2012: Mitgliedstaaten starten Europäisches Jahr

Nachdem am 18. Januar die große Auftaktveranstaltung des „Europäischen Jahres des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ in Kopenhagen stattgefunden hat, starten nun allmählich die einzelnen Mitgliedstaaten mit dem EY 2012. Nationale Auftaktveranstaltungen haben bereits in Dänemark, Litauen, Deutschland, der Slowakei, Irland, Polen, Schweden, Norwegen, Estland, Slowenien, Frankreich, und Österreich stattgefunden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Deutschland hat im Rahmen des Europäischen Jahres 2012 den ersten Bericht zu altersfreundlichen Arbeitsbedingungen veröffentlicht. In diesem Fortschrittsbericht werden aktuelle Daten, Trends, Analysen und praktische Beispiele altersfreundlicher Arbeitsbedingungen dargestellt.

- [Website zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und der Solidarität zwischen den Generationen“](#)
- [Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales \(BMAS\) – Ausgabe 1: Entwicklung des Arbeitsmarktes für Ältere](#)

Europarat schlägt Vier-Jahres-Plan für Kinderrechte vor

Der Europarat hat eine neue Strategie zum Schutz und zur Verbreitung von Kinderrechten angenommen. Sie ist eine Antwort auf die Forderung von Regierungen, mit Kindern arbeitenden Personen, der Zivilgesellschaft sowie Kindern, existierende Standards zu implementieren. Die Strategie betrifft vier Hauptziele: Die Förderung kinderfreundlicher Dienstleistungen in den Bereichen Recht, Gesundheit und Soziales, die Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Kinder, die Garantie von Kinderrechten für Kinder in gefährdeten Situationen (Kinder mit Behinderungen, in Haft, in Pflegeeinrichtungen, Migrantinnen- und Romakinder) sowie die Förderung der Partizipation von Kindern. Der Europarat wird seine 47 Mitgliedstaaten darin anleiten und unterstützen, diese Rechte von Kindern zu fördern und umzusetzen.

- [Strategie des Europarats für Kinderrechte \(englisch\)](#) 

Eurofound veröffentlicht Bericht zu arbeitslosen Jugendlichen

Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working, dt.: Europäische Stiftung zur Verbesserung von Wohnen und Arbeiten) hat einen Bericht zur Situation arbeitsloser Jugendlicher in der EU herausgegeben. In diesem Dokument werden die Lebenssituationen Jugendlicher in der EU analysiert, wobei ein Schwerpunkt auf der Lage arbeitsloser Jugendlicher liegt. Das Ziel ist ein Verständnis dafür, weshalb viele Jugendliche in der EU sich nicht in Beschäftigung, Aus- oder Fortbildung befinden.

- [Bericht von Eurofound zur Situation arbeitsloser Jugendlicher \(englisch\)](#) 

JPND legt Strategie zur Erforschung neurodegenerativer Krankheiten vor

Zur Erforschung neurodegenerativer Krankheiten haben 24 EU-Mitgliedstaaten eine erste Strategie der gemeinsamen Programmplattform „EU Joint Programme – Neurodegenerative Disease Research“ (JPND) vorgelegt. Die Zahl der an neurodegenerativen Erkrankungen (z.B. Alzheimer und Parkinson) leidenden Menschen werde sich aufgrund der alternden Bevölkerung weiter erhöhen. Da es bisher keine Möglichkeit gäbe, diese Erkrankungen zu verhindern oder zu stoppen, sei die Investition in die Erforschung neurodegenerativer Krankheiten äußerst wichtig. Die Ziele der nun beschlossenen Programmplanung sind u. a.: Forschungen zum Ursprung der Krankheiten, das Verständnis der Krankheitsmechanismen, die Entwicklung von Therapien sowie Strategien zur Vorbeugung. In einem nächsten Schritt werden die Arbeitsgruppen zu diesen Forschungsschwerpunkten Listen mit Schwerpunktthemen erstellen. Diese sollen bis Ende März 2012 vorliegen, damit die beteiligten Mitgliedstaaten ihre Prioritäten im Mai festlegen können. Noch in diesem Jahr soll es zu ersten Initiativen kommen.

- [Website des EU Joint Programme – Neurodegenerative Disease Research \(JPND\) \(englisch\)](#)

Eurostat: Kinder besonders von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen

Das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat Ergebnisse zu Erhebungen über von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass 2010 115 Millionen Menschen in der EU betroffen waren. Dies entspricht 23,4% der EU-Bevölkerung. Dabei waren Kinder mit einem Anteil von 29,6% besonders stark gefährdet. Besonders prekär war die allgemeine Lage in folgenden Staaten: Bulgarien (42%), Rumänien (41%), Lettland (38%), Litauen (33%) und Ungarn (30%). Am wenigsten von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen waren die Menschen in der Tschechischen Republik (14%) sowie in Schweden und den Niederlanden (jeweils 15%). In Deutschland lag die Quote bei 20%.

- [Pressemitteilung von Eurostat](#) 
- [Komplette Eurostat-Veröffentlichung \(englisch\)](#) 

Bericht zur sozialen Inklusion 2011 veröffentlicht

Das Netzwerk unabhängiger Experten für soziale Inklusion hat ihren neuesten Bericht „2011 assessment of social inclusion policy developments in the EU“ veröffentlicht. Dieser Bericht soll die Kommission in der Beobachtung der 2020-Strategie unterstützen und das Ausmaß der Eurokrise aus der Perspektive gesellschaftlicher Teilhabe erfassen. Er gibt einen Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse auf Basis der Analyse von 27 Berichten aus den einzelnen Mitgliedstaaten. In den Berichten beurteilen die Experten die politischen Entwicklungen 2011 im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Armut und gesellschaftliche Exklusion.

- [Website der Peer Review in Social Protection and Social Inclusion and Assessment in Social Inclusion, auf der der Bericht verfügbar ist \(englisch\)](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- Public Policy Exchange: Fachkonferenz [“Equality in the Workplace: Zero Tolerance on Gender-Based Discrimination and Harassment in Europe”](#) (6. März 2012, Brüssel)
- Europäisches Parlament: Veranstaltung [“Equal Pay for Work of Equal Value”](#) (8. März 2012, Brüssel)
- Dänische Ratspräsidentschaft: Konferenz [“Youth Conference”](#) (18. – 21. März 2012, Kopenhagen)
- Regionalrat von North Karelia (Finnland): Konferenz [“Perspectives on Ageing: High-level Conference on Health and Long-term Care”](#) (19. – 21. März 2012, Joensuu)
- Eurocities: Forum [“Social Affairs Forum „Ageing well in European cities“](#) (27. – 28. März 2012, Brüssel)
- EU-Kommission: Konferenz [“Innovation in Healthcare without borders”](#) (16 – 17. April 2012, Brüssel)
- COFACE: Seminar „E-Health – Challenges and opportunities for families“ (19. April 2012, Brüssel)
- EU-Kommission: Konferenz [“High Level Conference on EU Health Programmes: results and future perspectives“](#) (3. Mai 2012, Brüssel)
- Europäische European Social Insurance Platform: Konferenz [“Aktives, gesundes Altern und Generationensolidarität: Die Rolle der Sozialversicherungen“](#) (23. Mai 2012, Brüssel)
- European Map of Intergenerational Learning-Netzwerk: Konferenz [“Generations Ageing Together“](#) (9. – 11. Juli, Staffordshire)
- Glasgow Caledonian University und BHF National Centre: Kongress [“8th World Congress on Active Ageing“](#), (13. – 17. August 2012, Glasgow)
- Eurochild: Jahreskonferenz 2012 [“Promoting the rights of children in alternative care across Europe“](#) (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)
- Dänischen Ratspräsidentschaft: Konferenz [“Conference on accessibility and participation“](#) (5. – 6. März 2012, Kopenhagen)
- Federation of Active Associations of Belgium: Konferenz zur Erziehung [„Diverse Talents for the Future of Europe“](#) (5. – 6. März 2012, Brüssel)
- Children in Scotland: Seminar [“Supporting Fathers from the Start“](#) (14. März 2012, Edinburgh)
- International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR): Konferenz [“Collaboration Instead of Collision: Family Law, Social Policy and Joint Practice“](#) (14. – 17. Juni 2012, Boston)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).